

Bürgerliches Vermögensrecht I

Professor Dr. Dr. h.c. Helmut Rübmann
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Zivilprozessrecht und Rechtsphilosophie



Rechtswissenschaftliche Disziplinen

Rechtsdogmatik

Rechtsvergleichung

Rechtsgeschichte

Rechtsphilosophie

Rechtssoziologie

Rechtstheorie

Rechtinformatik



Qualifikation eines Rechtsverhältnisses

- **Zivilrecht**
 - Bürgerliches Recht
 - Vertragsrecht
 - Haftungsrecht
 - Sachenrecht
 - Familienrecht
 - Erbrecht
 - Handelsrecht
 - Geschäftsrecht
 - Gesellschaftsrecht
 - Wertpapierrecht
 - Arbeitsrecht
- **Öffentliches Recht**
 - Völkerrecht
 - Verfassungsrecht
 - Strafrecht
 - Verwaltungsrecht
 - Baurecht
 - Kommunalrecht
 - Schulrecht
 - Polizeirecht
 - Sozialrecht
 - Sozialversicherungsrecht
 - Sozialrecht i.e.S.

Verfahrensrechte



Organisation der Gerichtsbarkeit

- **Verfassungsgerichtsbarkeit**
 - Bundesverfassungsgericht
 - Verfassungsgerichte der Länder
- **Fachgerichtsbarkeit**
 - Ordentliche Gerichtsbarkeit
 - Arbeitsgerichtsbarkeit
 - Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - Sozialgerichtsbarkeit
 - Finanzgerichtsbarkeit
- **Internationale (europäische) Gerichtsbarkeit**



Oberste Gerichtshöfe des Bundes

- **Bundesgerichtshof**
Sitz in Karlsruhe, Leipzig
- **Bundesarbeitsgericht**
Sitz in Erfurt
- **Bundesverwaltungsgericht**
Sitz in Leipzig
- **Bundessozialgericht**
Sitz in Kassel
- **Bundesfinanzhof**
Sitz in München

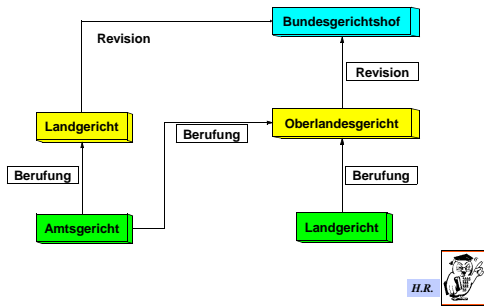


(Fach)Gerichte der Länder

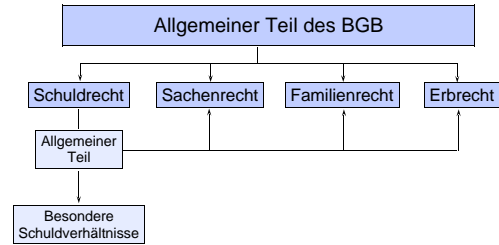
- Amtsgerichte (686), Landgerichte (116), Oberlandesgerichte (24), **Bayerisches Oberstes Landesgericht (1)**
- Arbeitsgerichte (122), Landesarbeitsgerichte (19)
- Verwaltungsgerichte (52), Oberverwaltungsgerichte (Verwaltungsgerichtshöfe) (16)
- Sozialgerichte (69), Landessozialgerichte (16)
- Finanzgerichte (19)
- www.justiz.de



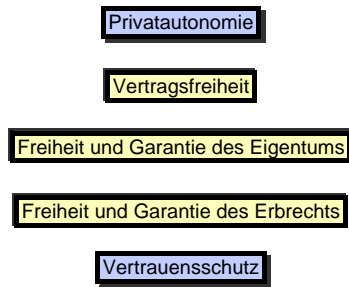
Instanzenzug Zivilgerichte - Urteile



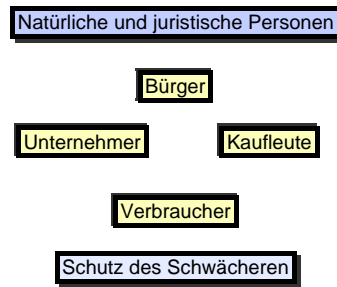
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)



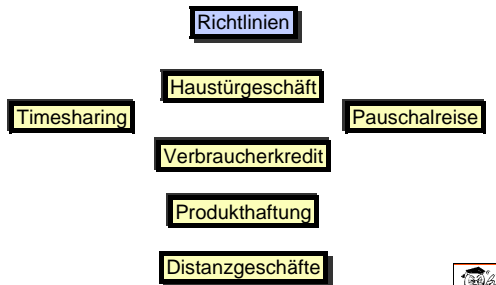
BGB - Grundprinzipien



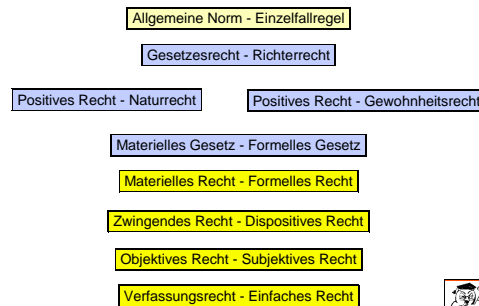
Adressaten der Normen des BGB



Verbraucherschutz durch die EU



Rechtsnormen - Grundbegriffe



Eine kleine Normenkunde

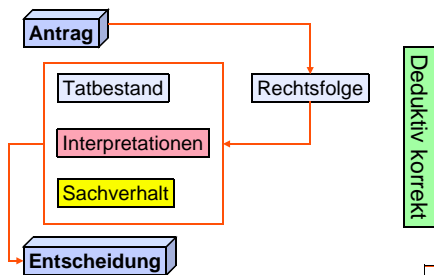
- Deontische Qualität
 - Verbot
 - Gebot
 - Erlaubnis
 - Freistellung
- Geltungsquelle
 - Sozialnormen
 - Moralnormen
 - Rechtsnormen
- Begründung



Allgemeine Norm - Einzelfallregel



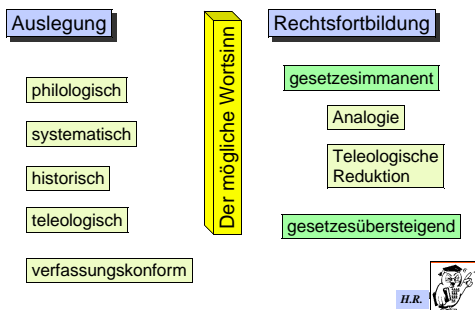
Methodisches Grundgerüst



Gesetzesrecht und Richterrecht



Rechtsanwendung



Positives Recht - Gewohnheitsrecht Naturrecht



RECHT

- von Menschen gemacht
 - ♦ positives Recht
 - ♦ Gewohnheitsrecht
 - ♦ Richterrecht
- von der Natur (vor)gegeben
 - ♦ Recht und Moral
 - ♦ Grundrechte
 - ♦ Menschenrechte



Gesetztes Recht - Naturrecht

Leitsatz - BVerfG, 14.02.68 (2 BvR 557/62) BVerfGE 23, 98

1. Nationalsozialistischen "Rechts"vorschriften kann die Geltung als Recht abgesprochen werden, wenn sie fundamentalen Prinzipien der Gerechtigkeit so evident widersprechen, daß der Richter, der sie anwenden oder ihre Rechtsfolgen anerkennen wollte, Unrecht statt Recht sprechen würde.

2. In der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I S. 772) hat der Widerspruch zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß sie von Anfang an als nichtig erachtet werden muß.



Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941

§ 2

Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit

- a) wenn er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, mit dem Inkrafttreten der Verordnung,
- b) wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthalt später im Ausland nimmt, mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland.



Die Radbruchsche Formel

Gustav Radbruch (1946)

Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzumutbar ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als 'unrichtiges Recht' der Gerechtigkeit zu weichen hat.



Die Radbruchsche Formel reformuliert

Robert Alexy (1993)

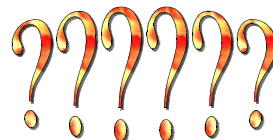
Ordnungsgemäß gesetzte und sozial wirksame Normen verlieren dann ihren Rechtscharakter und ihre Rechtsgeltung, wenn sie extrem ungerecht sind.

Noch kürzer:

Extremes Unrecht ist kein Recht.



Verfassungsrecht – Einfaches Recht



Positives Recht - Normenhierarchie

- des Staates
 - ♦ Verfassung
 - ♦ Gesetz
 - ♦ Verordnung
 - ♦ Satzung
- der Privatgesellschaft
 - ♦ Vertrag
 - ♦ Satzung
 - ♦ Beschluss



Rechtssatzbegründung Staatliche Rechtsetzung

- Formelle Ordnungsmäßigkeit
- Materielle Ordnungsmäßigkeit
- Konkurrenz- und Verdrängungsregeln
 - ♦ Normenhierarchie
lex superior derogat legi inferiori
 - ♦ Zeitordnung
lex posterior derogat legi priori
 - ♦ Spezialitätsordnung
lex specialis derogat legi generali



Der falsche RUBENS

V besitzt seit Jahren voller Stolz einen, wie er meint, echten Rubens. Als er in Geldnöte kommt, entschließt er sich schweren Herzens, den Rubens zu versilbern. Er verkauft ihn an K für € 100.000. Nun ist K stolzer Besitzer (und Eigentümer) eines vermeintlich echten Rubens. Er wird aus seinen Träumen gerissen, als er zweieinhalb Jahre nach der Übernahme des Prachtstücks von einem Kunstsachverständigen erfahren muss, dass das Bild zwar aus der Rubensschule, nicht aber von des Meisters Hand stamme. Der wirkliche Wert des Bildes beträgt € 20.000.

K möchte von V sein Geld zurück.



Rückgewähr von Vertragsleistungen

- Gewährleistungsrecht (Rücktritt)
 - ♦ §§ 346 Abs. 1, 434, 437 Nr. 2, 326 Abs. 5 BGB

Zeitgrenze: zwei Jahre

- Bereicherungsrecht
 - ♦ § 812 Abs. 1 Satz 1 Fall 1 BGB (condictio indebiti) nach Anfechtung des Kaufvertrages (§§ 142, 143, 119 Abs. 2 BGB)

Zeitgrenze: u.U. länger als zwei Jahre



Rechtsnormen - Grundbegriffe

Allgemeine Norm - Einzelfallregel

Gesetzesrecht - Richterrecht

Positives Recht - Naturrecht

Positives Recht - Gewohnheitsrecht

Materielles Gesetz - Formelles Gesetz

Materielles Recht - Formelles Recht

Zwingendes Recht - Dispositives Recht

Objektives Recht - Subjektives Recht

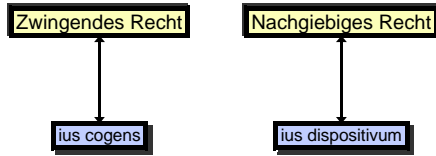
Verfassungsrecht - Einfaches Recht



Zwingendes Recht – Dispositives Recht



Privatautonomie und gesetzliche Regelung



Rechtssatzbegründung Private Rechtsetzung

- Formelle Ordnungsmäßigkeit
 - ♦ Vertragsschluss, Einbeziehung, Beschlussrecht
- Materielle Ordnungsmäßigkeit
 - ♦ Inhaltliche Grenzen der Privatautonomie
- Konkurrenz- und Verdrängungsregeln
 - ♦ Normenhierarchie
lex superior derogat legi inferiori
 - ♦ Zeitordnung
lex posterior derogat legi priori
 - ♦ Spezialitätsordnung
lex specialis derogat legi generali



Inhaltliche Grenzen

- für die Hauptpflichten eines Vertrages
 - ♦ Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot
§ 134 BGB
 - ♦ Verstoß gegen die guten Sitten
§ 138 BGB
- für das vertragliche Beiwerk
 - ♦ in ausgehandelten Verträgen
 - Abweichung von zwingendem Gesetzesrecht
 - ♦ in einseitig gestellten Regelungen (AGB)
 - Verstoß gegen ein Klauselverbot
 - Unangemessene Benachteiligung des Verwendungsgegners

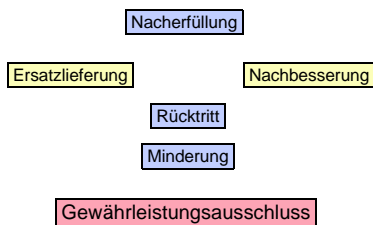


Haftungsfreizeichnung

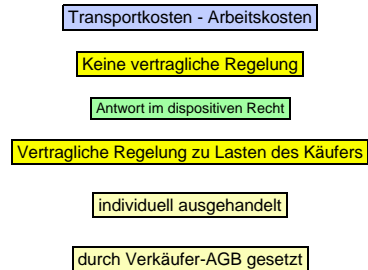
- im ausgehandelten Vertragswerk
 - ♦ Verbot der Haftungsbefreiung für eigenes vorsätzliches Handeln des Schuldners
§ 276 Abs. 3 BGB
- im einseitig gestellten Vertragswerk
 - ♦ Verbot der Haftungsbefreiung für eigenes grob fahrlässiges Handeln und für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln von gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen
§ 309 Nr. 7 b BGB



Kauf eines Neuwagens mit Getriebebeschaden



Kosten der Nachbesserung



§ 439 Abs. 2 BGB

- Der Verkäufer hat die zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen.
- **Zwingend oder dispositiv (nachgiebig) ???**
- § 444 BGB
Haftungsausschluss unwirksam bei arglistigem Verschweigen oder Garantie
- § 309 Nr. 8 b cc BGB
Verbot des Ausschlusses der Kostentragungspflicht durch AGB

